



# **G e s c h ä f t s b e r i c h t und L a g e b e r i c h t**

**des**

**Versorgungswerkes**

**der**

**Zahnärztekammer Berlin**

**zum**

**Jahresabschluss 2008**

## **Inhaltsverzeichnis**

- 1. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde**
- 2. Die Vertreterversammlung**
- 3. Der Aufsichtsausschuss**
- 4. Der Verwaltungsausschuss**
- 5. Personalbestand**
- 6. Mitgliederbewegung**
- 7. Vermögensanlagen**
- 8. Versicherungsmathematik und Satzung**
- 9. Ausblick**

### **Anlagen**

- Bilanz per 31.12.2008**
- Anhang zur Bilanz**
- Gewinn- und Verlustermittlung 2008**

## **1. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde**

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin (VZB) ist die Pflichtversorgungseinrichtung der Zahnärzte in Berlin, Bremen und Brandenburg.

Rechtsgrundlage für die Gründung und den Betrieb des Versorgungswerkes ist das Berliner Kammergesetz, zuletzt geändert am 19.06.2006, und die hiernach erlassene Satzung.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin wurde zum 01.10.1965 gegründet. Es gilt seit dem 01.01.2008 die Neufassung der Satzung vom 12.12.2007.

Die Mitglieder der Zahnärztekammer Bremen haben sich gemäß Beschluss der Delegiertenversammlung vom 22.04.1966 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin angeschlossen und diesen Anschluss mit Beschluss vom 23.03.2007 erneuert.

Als freiwillige Mitglieder sind die Angehörigen der Tierärztekammer Berlin entsprechend dem Beschluss der Delegiertenversammlung vom 29.10.1969 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin beigetreten. Da die Tierärztekammer Berlin sich nach der deutschen Wiedervereinigung für neue Mitglieder an die Tierärzteversorgung Mecklenburg-Vorpommern angeschlossen hat, wurde mit Einführung der Teilrechtsfähigkeit klargestellt, dass die Tierärztekammer Berlin keine beteiligte Kammer mehr ist. Die laufenden Mitgliedschaftsverhältnisse sind davon nicht betroffen.

Mit Beschluss der Delegiertenversammlung vom 24.10.1991 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde haben sich die Mitglieder der Landeszahnärztekammer Brandenburg mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin zum 01.02.1992 angeschlossen und diesen Anschluss mit Beschluss vom 24.03.2007 erneuert.

Die jeweilige Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin findet auf die Bremer Mitglieder, die tierärztlichen Mitglieder und auf die Brandenburger Mitglieder entsprechend Anwendung.

Mit der Neunten Änderung des Berliner Kammergesetzes vom 19.06.2006 (GVBl. für Berlin, S. 570) wurde die so genannte Teilrechtsfähigkeit für berufsständische Versorgungswerke eingeführt. Somit waren die Regelungen der Neunten Änderung des Berliner Kammergesetzes in Form der Teilrechtsfähigkeit umzusetzen.

Die konstituierende Sitzung der Vertreterversammlung – das neue oberste Organ des Versorgungswerkes – fand am 12.05.2007 statt, nachdem im Vorfeld die drei beteiligten Zahnärztekammern Berlin, Brandenburg und Bremen über ihre Delegiertenversammlungen die notwendigen Anschlusssatzungen beschlossen hatten und damit die Grundlage der weiteren Zusammenarbeit im Versorgungswerk geschaffen hatten.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin steht unter der Aufsicht der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz sowie für die versicherungsmathematischen Grundlagen unter der Fachaufsicht der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen.

## 2. Die Vertreterversammlung

In die Vertreterversammlung wurden folgende Mitglieder gewählt, die ihr Amt am 12.05.2007 angenommen haben:

Vertreter Berlin: Albert Essink  
Dr. Ingo Rellermeier  
Dr. Marius Radtke  
Dr. Peter E. Gutsche  
Karsten Geist  
Winnetou Kampmann  
Dr. Heinz Helmut Dohmeier-de Haan  
Olaf Cornehlens

Vertreter Brandenburg: Jürgen Herbert  
Dr. Eberhard Steglich  
Dr. Ute Jödecke

Vertreter Bremen: Dr. Brita Petersen

Nach der Wahl des Aufsichts- und des Verwaltungsausschusses am 12.05.2007 und dem damit verbundenen automatischen Ausscheiden einzelner Mitglieder der Vertreterversammlung setzt sich diese seitdem wie folgt zusammen:

Vertreter Berlin: Dr. Peter E. Gutsche  
Karsten Geist  
Dr. Wolfgang Schmiedel  
Dr. Anastassios Fotiadis  
Dr. Arnt Gerstenberger  
Dr. Heinz Helmut Dohmeier-de Haan  
Olaf Cornehlens  
Dr. Heinrich Schleithoff

Vertreter Brandenburg: Jürgen Herbert  
Dr. Eberhard Steglich  
Dr. Ute Jödecke

Vertreter Bremen: Dr. Brita Petersen

### 3. Der Aufsichtsausschuss

Mit der konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung am 12.05.2007 und dem Übergang des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin in die Teilrechtsfähigkeit ist als Aufsichtsorgan an die Stelle des Vorstandes der Zahnärztekammer Berlin das neu gewählte Gremium, der Aufsichtsausschuss, getreten.

Dem Aufsichtsausschuss gehören an:

als Vorsitzender:	Dr. Eckehart Schäfer, Brandenburg
als stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Jörg Meyer, Berlin
als Beisitzer:	Dr. Jürgen Gromball, Berlin
	Dr. Eberhard Schütte, Berlin
	Dr. Karl-Georg Pochhammer, Berlin, bis 07.06.2007
	Rolf Weggen, Bremen
	Andreas Müller-Reichenwallner, Berlin, ab 08.09.2007 bis 28.04.2008
	Dr. Franz Josef Cwiertnia, ab 29.11.2008

In der 2. Ordentlichen Vertreterversammlung am 08.09.2007 wurde Herr Andreas Müller-Reichenwallner in das Amt des Beisitzers nachgewählt.

Die Zusammensetzung des Aufsichtsausschusses hat sich im Berichtszeitraum geändert. Am 28.04.2008 hat Herr Andreas Müller-Reichenwallner sein Amt als Beisitzer im Aufsichtsausschuss mit sofortiger Wirkung niedergelegt.

In der 6. Ordentlichen Vertreterversammlung am 29.11.2008 wurde Herr Dr. Franz Josef Cwiertnia in das Amt des Beisitzers nachgewählt.

#### 4. Der Verwaltungsausschuss

Mit der konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung am 12.05.2007 und dem Übergang des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin in die Teilrechtsfähigkeit wählte die Vertreterversammlung den Verwaltungsausschuss wie folgt neu:

Vorsitzender:	Albert Essink, Berlin
stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Ingo Rellermeier, Berlin
Beisitzer:	Dr. Gunnar Hoops, Bremen
	Winnnetou Kampmann, Berlin
	Dr. Marius Radtke, Berlin
	Dr. Dirk Weßlau, Brandenburg

Zum mathematischen Sachverständigen ist seit Juni 2007 bestellt:

Dipl.-Mathematiker Dr. Andreas Jurk,  
Longial GmbH, Düsseldorf,

Der Verwaltungsausschuss bildet gemäß § 5 der Satzung die Geschäftsführung des Versorgungswerkes.

## 5. Personalbestand

Die Verwaltung des Versorgungswerkes wird vom Direktor, Herrn Dipl.-Verwaltungswirt Ralf Wohltmann gem. § 6 der Satzung geleitet.

Die nachfolgende Gegenüberstellung stellt die Entwicklung des Personalbestandes bis zum 31.12.2008 dar:

Abteilung / Bereich	Mitarbeiter per 31.12.2005	Mitarbeiter per 31.12.2006	Mitarbeiter per 31.12.2007	Mitarbeiter per 31.12.2008
Sekretariat	2	2	2	2
Wertpapierverwaltung/ Controlling/ Berichtswesen	1	1	1	1
EDV/Informatik	1	1	1	1
Versicherungsmathematik	1	1	1	1
Mitgliederverwaltung	6	6	7	6
Finanzbuchhaltung	3	3	3	3
Immobilienverwaltung	7	7	7	4
Allgemeine Bearbeitung	2	2	2	2
<b>Gesamt</b>	<b>23</b>	<b>23</b>	<b>24</b>	<b>20</b>

Die Abteilungen Mitgliederverwaltung und Finanzbuchhaltung werden durch Abteilungsleiterinnen geführt. Die Abteilung Immobilienverwaltung wurde im Rahmen der Umstrukturierung reduziert und im Kalenderjahr 2009 mit Vergabe einer Fremdverwaltung und geplanter Überführung der Objekte in ein indirektes Investment aufgelöst.

Die Mitarbeiterin für Wertpapierverwaltung, Controlling und Berichtswesen sichert die notwendige Informationszusammenführung für die Geschäftsführung ab. Der Bereich des Controllings wird abteilungsweise weiter aufgebaut, wobei die Aufbauschwerpunkte entsprechend aktueller Fragestellungen gesetzt werden.

Aufgrund der stetigen Zunahme des Kapitalanlagevolumens des VZB bei gleichzeitiger Ausweitung der Diversifizierung sowie aufgrund gestiegener Anforderungen im Berichts- und Meldewesen ist der für die Verwaltung der Vermögensanlagen zuständige Bereich Anfang 2009 um einen Arbeitsplatz erweitert worden.

Die Einführung von Abteilungsleiterpositionen und deren Einarbeitung ist abgeschlossen und bewährt sich. Die abteilungsinterne Umsetzung des Vieraugenprinzips ist ebenso gesichert wie die Vertretung des Direktors bei dessen Abwesenheit, so dass der reibungslose Ablauf innerhalb der Abteilungen mit einer größtmöglichen Kompetenz gesichert wird.

Im Berichtszeitraum erschwerten Schwangerschaften und Elternzeiten sowie die nach Einführung der neuen Satzung notwendige Softwareumstellung weiterhin die Aufrechterhaltung insbesondere des Versicherungsbetriebes. Gleichzeitig waren im Rahmen der Einführung der neuen Satzung des Versorgungswerkes zum 01.01.2008 erhebliche Ressourcen für die Beratung der Mitglieder und die notwendige Erfassung der Beitragswahlen etc. gebunden, so dass die Abarbeitung der Rückstände und damit verbunden eine kurzfristige Reaktionszeit auf Anfragen noch im Kalenderjahr 2009 andauern wird.

An dieser Stelle gilt unser besonderer Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses für ihren Einsatz. Das Mitwirken an den Umstellungen und auch die notwendige Software- und Arbeitsablaufanpassung mit der daraus resultierenden Mehrbelastung wird das Team noch im gesamten Kalenderjahr 2009 fordern.

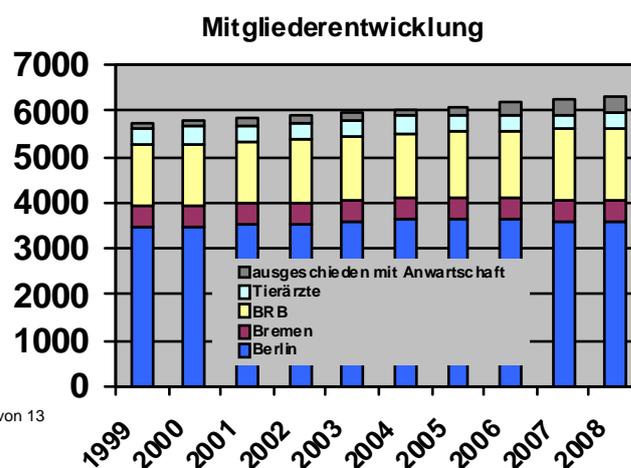
Der Verwaltungskostensatz erhöhte sich auf Grund der prozentualen Veränderung der Zuordnung der Kosten im Rahmen des sukzessiven Abbaus der Immobiliendirektverwaltung von 1,85 % im Vorjahr auf 1,94 % im Berichtsjahr.

## 6. Mitgliederbewegung

Der Mitgliederbestand entwickelte sich bis zum 31.12.2008 wie folgt:

	01.01.2008	Zugang	Abgang	31.12.2008
Zahnärzte Berlin	3586	148	152	3582
Zahnärzte Bremen	455	29	29	455
Zahnärzte Brandenburg	1552	52	30	1574
Tierärzte Berlin	334	0	3	331
Ausgeschieden mit Anwartschaft	329	26	12	343
Aktive Mitglieder gesamt	6256	255	226	6285
Altersrenten	630	99	15	714
BU-Renten	128	3	12	119
Witwen-/Witwerrenten	177	10	6	181
Waisenrenten	65	5	7	63
Rentenempfänger gesamt	1000	117	40	1077
Gesamt	7256	372	266	7362

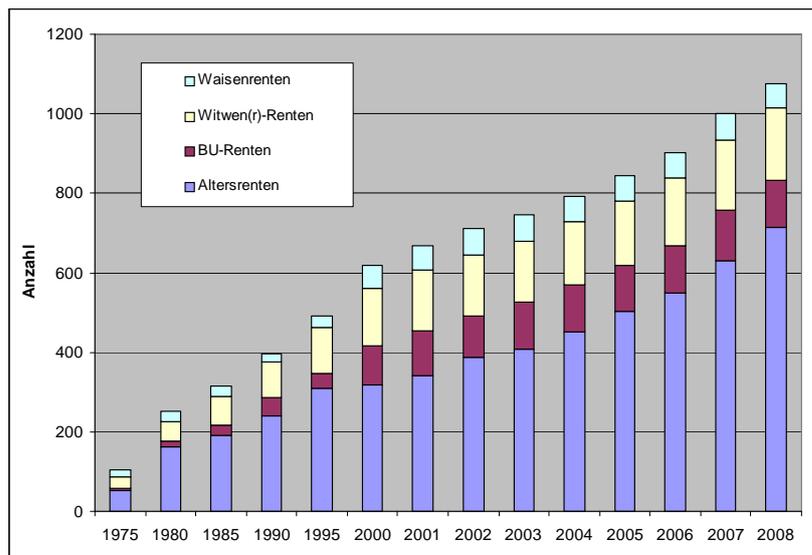
Die Zahl der Gesamtmitglieder ist gegenüber dem Vorjahr um 106, die Zahl der Rentner um 77 gestiegen. Damit liegt das VZB in den erwarteten und insbesondere versicherungsmathematischen Entwicklungen und Annahmen sowohl im Bereich der aktiven Mitglieder als auch im Bereich der neu einzuweisenden Renten. Im Berichtsjahr ist nunmehr erstmals eine Steigerung der Anzahl der aktiven Mitglieder aus Brandenburg bei gleichzeitiger Reduzierung der Anzahl der aktiven Mitglieder aus



Berlin zu beobachten, was der hohen Zahnärztebestandsdichte in Berlin entspricht.

Das Beitragsvolumen des Berichtsjahres beläuft sich auf 46,833 Mio. € Bei der erheblichen Steigerung des Beitragsvolumens im Vergleich zum Vorjahr ist zu berücksichtigen, dass ein erheblicher Teil der Mitglieder die neue Beitragsregelung des VZB zum Anlass genommen hat, in der Altersvorsorge zukünftig verstärkt auf das VZB zu setzen und den ab 2008 möglichen höheren Regelbeitrag zu wählen. So haben von unseren 4561 selbständig tätigen Mitgliedern nur 3045 Mitglieder den bisherigen Beitrag dauerhaft beibehalten. Die Übrigen haben sich für den neuen Regelbeitrag und damit für eine Stärkung ihres Standbeines der Versorgung im Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin entschieden.

Auch die zum 01.01.2008 neu geschaffene Möglichkeit, ab Vollendung des 60. Lebensjahres eine Rente gewährt zu bekommen, wurde im Berichtsjahr bereits von 32 Mitgliedern angenommen, die die flexiblere Möglichkeit der Gestaltung des Überganges in die Altersrente damit ebenso genutzt haben wie die 55 Mitglieder, die nach der Vollendung des 60. Lebensjahres nur noch den halben Regelbeitrag entrichten.



Die Bescheide über die mitzuteilenden beitragsfreien Anwartschaften aus den Beiträgen bis 2007 wurden bei Erstellung dieses Berichtes im Kalenderjahr 2009 bereits versandt. Der satzungsgemäß vorgesehene Versand der Anwartschaftsmitteilungen aus den bis 31.12.2007 erworbenen Anwartschaften, verbunden mit der notwendigen Beitragsübersicht, wird zu einem entsprechenden Abschluss des bisherigen Berechnungssystems führen und für die Mitglieder die entsprechende Planungssicherheit aus den historischen Daten bringen. Neben der Möglichkeit, individuelle Berechnungen beim VZB abzufordern, besteht seit dem Berichtsjahr auch die Möglichkeit, eigene Berechnungen mit dem Anwartschaftsrechner auf der Website des Versorgungswerkes vorzunehmen, was bereits mehrere hundert Mal genutzt wurde.

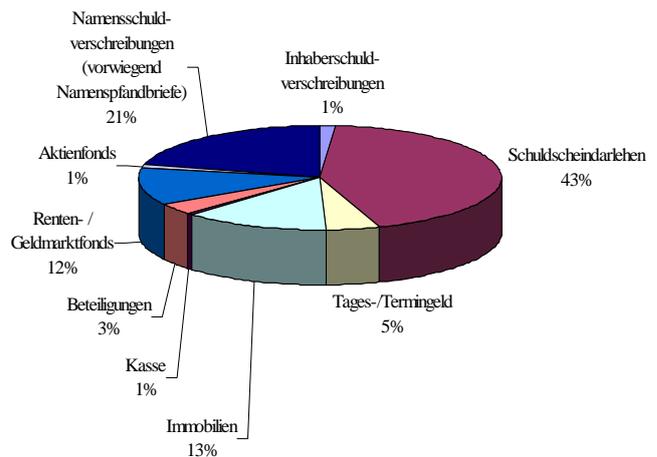
## 7. Vermögensanlagen

Im Berichtsjahr wurde vorwiegend daran gearbeitet, den Grundstock der Vermögensanlagen des VZB, der die Erwirtschaftung des Rechnungszinses dauerhaft gewährleisten soll, weiter auszubauen.

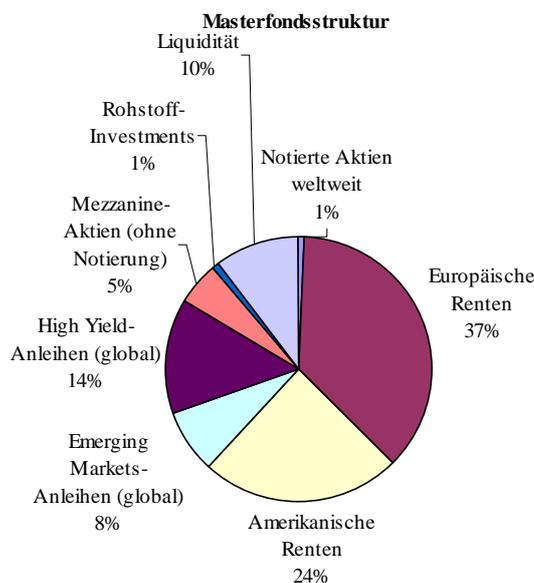
Die zahlreichen liquiden Mittel, die dem VZB im Berichtsjahr durch den Ende 2007 stattgefundenen Abbau der Risikokapitalanlagen zur Verfügung standen, sind hauptsächlich in Form von festverzinslichen Namenspapieren angelegt worden. Dabei wurden vorwiegend gedeckte Namenspapiere und Anleihen der Öffentlichen Hand mit einer über dem Rechnungszins liegenden festen Verzinsung und längeren Laufzeiten erworben, womit nicht nur die Qualität des Grundstocks der Vermögensanlagen weiter verbessert, sondern auch die notwendigen Erträge für die nächsten Jahre gesichert wurden.

Die Quote der zum Grundstock der Vermögensanlagen zählenden Kapitalanlagen, wie Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen, im Verhältnis zu den gesamten Kapitalanlagen des VZB erhöhte sich im Laufe des Berichtsjahres von 50% per 31.12.2007 auf 65% per 31.12.2008.

Die nebenstehende Grafik zeigt die Struktur sämtlicher Vermögensanlagen des VZB auf Buchwertbasis zum 31.12.2008



Das Anlagevolumen der im Masterfonds über Spezial- und Publikumsfondsmandate gehaltenen Investments blieb im Berichtsjahr konstant. Lediglich die Struktur des Masterfonds wurde leicht modifiziert. Das Engagement in amerikanischen Rentenpapieren wurde reduziert. Dafür ist zum einen ein Absolute Return-Mandat neu implementiert worden, zum anderen ist das Anlagevolumen von Unternehmensanleihen, deren Emittenten über ein Rating unterhalb Investment Grade verfügen (High Yield-Anleihen), ausgebaut worden.



Das Vermögen des Masterfonds, der von der Internationalen Kapitalanlagegesellschaft mbH (INKA) verwaltet wird, war – soweit man die einzelnen Spezial- und Publikumsfondsmandate bestimmten Assetklassen zuordnet – per 31.12.2008 wie nebenstehend aufgezeigt strukturiert.<sup>1</sup> Hierbei ist anzumerken, dass sich die Quote der notierten Aktien auf Ebene des Masterfonds im gesamten Berichtsjahr auf dem nebenstehend aufgezeigten niedrigen Niveau bewegte.

Von den negativen Auswirkungen der Finanzmarktkrise waren daher im Masterfonds-Portfolio des VZB vor allem die High Yield- und Emerging Market-Investments betroffen.

Hier sorgten die immensen Kreditspread-Ausweitungen, die die Steigerungen der zukünftig erwarteten Ausfallquoten widerspiegeln, zu erheblichen Kursrückgängen bei den entsprechenden An-

<sup>1</sup> Die Darstellung spiegelt die grundsätzliche Ausrichtung des Masterfonds am Jahresende 2008 wider. Das heißt, dass die den Fondsmanagern zur Abbildung einer bestimmten Assetklasse zur Verfügung gestellten und am Bilanzstichtag nicht investierten liquiden Mittel in der Grafik nicht explizit als Kasse ausgewiesen wurden.

leihen und damit zu Wertverlusten im Masterfonds-Portfolio des VZB. Trotz der extremen Marktverwerfungen wurde die strategische Ausrichtung des Masterfonds auch in den Monaten, die von äußerst schwierigen Marktphasen geprägt waren, aufrechterhalten.

Im Dezember 2008 setzte in Bezug auf die negativen Auswirkungen der Finanzmarktkrise eine Trendumkehr ein, und das Geschehen an den Kapitalmärkten begann sich schrittweise zu normalisieren, so dass die eingetretenen oben beschriebenen Wertverluste Ende 2008 bereits wieder leicht kompensiert werden konnten. Diese Entwicklung setzte sich in den ersten Monaten des Jahres 2009 in noch größerem Umfang fort.

Das im Berichtsjahr im Masterfonds implementierte Overlay-Management trug erfolgreich zur Risikominimierung bei, denn durch die professionelle Steuerung von eingegangenen Währungsrisiken des VZB konnten Verluste vermieden werden.

Eine weitere Risikominimierung fand im Berichtsjahr auf Ebene der Rentendirektanlage statt. Zur zukünftigen Vermeidung von Ertragsausfällen wurde damit begonnen, Namenspapiere mit nicht planbaren Erträgen in Papiere mit festem Kupon umstrukturieren zu lassen. Ertragsausfälle traten im Berichtsjahr infolge der durch die Finanzmarktkrise hervorgerufenen weltweiten Korrekturen insbesondere bei den Anleihen auf, deren Verzinsung an die Entwicklung bestimmter Aktienmärkte gekoppelt war.

Für die Aufstellung der Bilanz per 31. Dezember 2008 wurde vom Bilanzierungswahlrecht des § 341b HGB wie in den Vorjahren mit einer Ausnahme erneut kein Gebrauch gemacht. Wie bisher wurden die Kapitalanlagen nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Eine direkt gehaltene Inhaberschuldverschreibung wird wie die Namenspapiere mit dem Nennwert zuzüglich der aufgelaufenen Zinsforderung bilanziert, da die Rückzahlung auch zum Nennwert plus Zinsen erfolgt.

	2005	2006	2007	2008
Vermögensanlagen (TEUR)	750.951	805.662	851.688	876.004
Davon:				
Wertpapiere	23.978	23.058	11.814	12.370
Namenspapiere	53.167	77.891	114.289	189.006
Schuldscheindarlehen	178.068	252.237	311.776	384.010
Investmentanteile & Aktien	324.838	282.222	113.918	113.762
Immobilienbestand	146.698	128.186	126.909	115.239
Termingelder	23.000	34.337	166.823	40.310
Andere Kapitalanlagen	1.200	1.200	1.200	1.200
Beteiligungen		6.531	4.959	20.107
Vermögensertrag	49.674	39.112	38.511	38.986
Beiträge gesamt (TEUR)	38.683	39.919	42.571	46.833
Davon:				
Pflichtbeiträge	38.225	38.268	39.641	43.957
Freiwillige Beiträge	2.216	2.229	2.238	2.630
Überleitungen	435	402	336	246

### Der Immobilienbestand

Im Berichtsjahr wurden keine Immobilien erworben bzw. veräußert.

Nachdem im Berichtsjahr bedingt durch die Finanzkrise der begonnene Prozess der Gesamtveräußerung des Immobilienbestandes zugunsten einer indirekten Investmentlösung verworfen werden musste, wurde unter Beibehaltung der Gesamtzielrichtung die Überführung des Immobilienbestandes in einen Spezialfonds des VZB beschlossen und die Umsetzung begonnen, die in 2009 ihren Abschluss finden soll.

Nach der Überführung wird das VZB unter Beibehaltung der Immobilienquote, die zur stetigen Sicherung der Mischung und Streuung in den Vermögensanlagen notwendig ist, eine größtmögliche Professionalität in der Immobilienanlage mit einer notwendigen Flexibilität erreicht haben.

Im Rahmen der Umstellung und der damit verbundenen Komplettbewertung des Bestandes waren bereits im Jahresabschluss 2008 insbesondere im Bereich der Spezialimmobilien wie Hotel und Altenheim Rückstellungen für zu erwartende Abschreibungen bei Einbringung in den Immobilienspezialfonds vorzunehmen, die das Kapitalanlageergebnis nach Kosten und Abschreibungen aus dem Kalenderjahr 2008 gegen Null reduzieren. Diese buchmäßige Abschreibung des Bestandes führt in den Folgejahren zu entsprechend höheren prozentualen Erträgen aus Immobilien, da diese Wertberichtigung als Rechengröße zu betrachten ist, die am nachhaltigen Ertrag nichts direkt ändern wird. Weitere Ausführungen dazu werden im Ausblick vorgenommen.

Das Vermögen war daher im Berichtszeitraum unter Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung mit einer Bruttoverzinsung von 4,52 % bzw. einer Effektivverzinsung von 0,05 % angelegt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Entscheidung zum Jahresende 2007 die Aktienquote im VZB praktisch auf Null abzubauen und im Kalenderjahr 2008 kein Aktieninvestment wieder einzugehen zwar nicht dafür sorgen konnte, dass der Rechnungszins erreicht wurde, wohl aber konnte diese Entscheidung vermeiden, dass ein Fehlbetrag entsteht. Dieser Umstand trug außerdem dazu bei, dass trotz der angespannten Kapitalmarktsituation die notwendige Entscheidung der Veränderung der Immobilienstruktur – verbunden mit der erforderlichen Bewertung bei Einbringung in einen Fonds - getroffen und umgesetzt werden konnte.

## **8. Versicherungsmathematik und Satzung**

Für die Kalenderjahre 2008 bis 2010 wird satzungsgemäß wieder ein zusammenhängendes versicherungsmathematisches Gutachten erstellt werden.

Wie oben dargestellt ist in 2008 das Erreichen der notwendigen Verzinsung, die zur Sicherstellung der Versorgungsansprüche erwirtschaftet werden muss, nicht gelungen. Jedoch lässt sich konstatieren, dass damit kein Fehlbetrag entstanden ist, da das VZB über versicherungstechnische Reserven verfügt. Außerdem ist es in der verbleibenden Zeit bis zur Erstellung des versicherungsmathematischen Gutachtens möglich, die notwendigen Erträge zu erzielen, um das erforderliche Kapital für die Deckungsrückstellung in ausreichender Höhe vorzuhalten.

Die Umsetzung der neuen Satzungsbestimmungen ist erfolgt, wenngleich die Nacharbeiten hierzu verwaltungsseitig noch andauern. Bei Erstellung dieses Berichtes sind die ersten Widersprüche gegen die Anwartschaftsbescheide nach § 42 Abs. 2 der Satzung eingegangen, im Regelfall nicht begründet sondern fristwährend. Es bleibt abzuwarten, welche Ziele damit erreicht werden sollen.

## **9. Ausblick**

Einem sehr schwierigen Jahr 2008, über welches wir hier berichten, folgt ein schwieriges Jahr 2009. Der Ende 2007 getroffenen Entscheidung zur Veräußerung des Aktienbestandes folgten weitere gute Entscheidungen zur Anlage der frei gewordenen Liquidität im festverzinslichen Bereich im Frühjahr 2008 – aus heutiger Sicht in einem relativen Zinshoch. Auch das Beibehalten der kleineren Emerging Market- und High Yield-Mandate zeigt sich bei Erstellung dieses Geschäfts- und Lageberichtes als positiv.

Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die derzeitige Finanzkrise in eine weltweite Wirtschaftskrise mündete, deren Ausmaß an die Krisenzeit 1929/ 1930 immer wieder erinnert. Gerade deshalb reagieren Regierungen und Notenbanken in unbekannter Eintracht und einem Umfang und Volumen, welches Seinesgleichen sucht. Geht es uns nicht inzwischen allen so, dass wir

mit Zahlen im Milliarden- und Billionenbereich umgehen, deren Tragweite und Bedeutung sich für uns im „realen Leben“ nicht wirklich erschließt. Bei all diesen Zahlen heißt es für ein Versorgungswerk wie dem Unseren – mit nur knapp einer Milliarde Euro Vermögen – einen kühlen Kopf und eine ruhige Hand in der Vermögensanlage zu bewahren. Zielrichtung sollte eine breite Diversifikation mit kleinen Investments auf Basis einer breiten festverzinslichen Basis von Wertpapieren und Immobilienanlagen sein. Die zukünftige Sicherstellung des Erreichens des Rechnungszinses aus den Kapitalanlagen mit festem Ertrag ist ein wesentlicher Baustein der Ausrichtung der Kapitalanlage.

Bei allem Sicherheitsdenken in der Kapitalanlage dürfen die Opportunitäten nicht aus dem Auge verloren werden, die sich in jeder Kapitalanlage ergeben und die Möglichkeit einer zukünftigen Dynamisierung von Anwartschaften und Renten erst ermöglicht.

Opportunitäten sind in jeder Kapitalanlage möglich und durch eine breite Diversifikation wird das Gesamtrisiko der Kapitalanlage reduziert.

Vor Beginn der Finanzkrise war ein Emittentenrisiko faktisch nicht existent solange die Kapitalanlage im Bereich der Bankinstitute unter dem Schutz des Einlagensicherungsfonds erfolgte. Das ist heute anders und die seit mehreren Jahren verstärkt vorgenommene Streuung der Emittentenrisiken macht sich bei der Risikowürdigung der Kapitalanlage bezahlt. Der Rückgang geeigneter Banken macht die Diversifizierung zukünftig jedoch deutlich schwerer.

Zudem gilt es die Fälligkeiten so zu streuen, dass auch bei einem Anspringen der Zinsschraube – und das dürfte durch die notwendige Inflation zur „Finanzierung der Staatsschulden“ wohl unabdingbar sein – eine kontinuierliche Wiederanlage ermöglicht wird.

Besonders gilt dies auch für den Bereich der Immobilienanlage. Mit der Entscheidung der Überführung des vorhandenen Bestandes in einen Fonds wird nach der notwendigen Umstellungsphase ein kontinuierlicher Ertrag sowohl durch die professionalisiertere Betreuung und Entwicklung der Bestandsobjekte als auch durch die breitere Streuung über die Märkte erreicht werden. Die in diesem Jahresabschluss ausgewiesenen Bewertungsabschläge sind dafür einmalig hinzunehmen und erhöhen die zukünftigen prozentualen Erträge.

Niemand würde in der heutigen Zeit sagen, dass die Zukunft rosig sein wird, wohl aber sehen wir uns heute für die Zukunft gut aufgestellt, um den Widrigkeiten der Kapitalmärkte zu trotzen.

Berlin, 16.06.2009



---

Albert Essink  
Vorsitzender des  
Verwaltungsausschusses



---

Dr. Ingo Rellermeier  
Stellv. Vorsitzender des  
Verwaltungsausschusses



**ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2008  
DES  
VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN**

**I. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung**

**1. Angabe der auf die Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Das Versorgungswerk legt gemäß § 5 VersWerkVO Berlin vom 17. Januar 2008 nach den Grundsätzen für kleinere Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit Rechnung. Als lex specialis zu den allgemeinen Rechnungslegungsvorschriften für Versicherungsunternehmen (§ 341 ff. HGB) werden die Vorschriften über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) angewandt.

Immaterielle Vermögensgegenstände sind mit den historischen Anschaffungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungen erfolgen über Nutzungsdauern von 3 und 4 Jahren.

Die Kapitalanlagen des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin sind Immobilien, Beteiligungen, Investmentfondsanteile, Wertpapiere und Genossenschaftsanteile sowie Einlagen bei Kreditinstituten.

Die planmäßigen linearen Abschreibungen für die Gebäude wurden zum 1. Januar 2000 neu bemessen. Grundlage dafür bildeten die in den Verkehrswertgutachten festgelegten Restnutzungsdauern von 20 bis 50 Jahren. Für die Außenanlagen wird eine Nutzungsdauer zwischen 15 und 25 Jahren zugrunde gelegt.

Abgänge wurden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 2 HGB bzw. gemäß dem Niederstwertprinzip bewertet, indem entsprechende Immobilienverluste abgeschrieben wurden. Mögliche SWAP-Verluste wurden gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip bei der Bewertung nicht berücksichtigt.

Die Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, Einlagen bei Kreditinstituten und andere Kapitalanlagen sind mit den Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 2 HGB bzw. gemäß dem Niederstwertprinzip mit dem niedrigeren Kurswert zum Bilanzstichtag bewertet. Im Berichtsjahr wurden auf Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere Abschreibungen auf den niedrigeren Wert wegen gesunkener Kurswerte vorgenommen.

§ 341 b HGB wurde - wie in den Vorjahren - mit einer Ausnahme nicht angewandt.

Die Namensschuldverschreibungen wurden unverändert gegenüber den Vorjahren entsprechend dem Bewertungswahlrecht nach § 341c HGB mit Anschaffungskosten in Höhe des Nennwertes bilanziert.

Die Bewertung der Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgt ebenfalls mit den Anschaffungskosten in Höhe des Nennwertes.

Schuldscheinforderungen, Darlehen und Namensschuldverschreibungen, deren Zinszahlung am Ende der Laufzeit erfolgt (so genannte Zero-Papiere), werden mit dem Nennwert zzgl. aufgelaufener Zinsen bilanziert.

Schuldscheinforderungen und Darlehen, bei denen aufgrund eines Null-Kupon-Ereignisses bis zum Laufzeitende keine Zinszahlung mehr erfolgt, werden im Berichtsjahr abgezinst.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieder und anderen Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt. Erkennbaren Ausfallrisiken wurde durch die Bildung einer Wertberichtigung Rechnung getragen.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Zugang und Abgang dargestellt. Die Zugänge werden seit 2008 alle pro rata temporis abgeschrieben. Die Abschreibungen erfolgen über Nutzungsdauern von 3 bis 16 Jahren.

Die Abgänge werden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die übrigen Aktiva sind grundsätzlich mit dem Nennwert bilanziert.

Im Vorjahr war erstmals gemäß § 33 Abs. 2 der Satzung eine Verlustrücklage auszuweisen. Diese wird unverändert fortgeführt, da satzungsgemäß kein versicherungsmathematisches Gutachten zum 31. Dezember 2008 erstellt wurde.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden gemäß der versicherungstechnischen Bilanz zum 31. Dezember 2007 der Longial GmbH, Düsseldorf, des Aktuars (DAV) und Sachverständigen (IVS) Dr. Andreas Jurk ausgewiesen.

Die Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhaltet den Anspruch auf Altersvorsorge des ausgeschiedenen Geschäftsführers. Die Bildung erfolgte anhand einer versicherungsmathematischen Berechnung. Für die Berechnung wurde ein Zinssatz von 4 % p.a. zugrunde gelegt.

Die anderen Rückstellungen sind in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt. Die Wesentlichen zum Abschlussstichtag entstandenen und bis zum Tag der Bilanz-aufstellung erkennbaren Risiken sind berücksichtigt.

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach den Vorschriften der RechVersV gegliedert.

## **2. Angabe der Grundlage für die Umrechnung von Währungsposten**

Die Beteiligungen an der Paramount Real Estate Fund III und Fund V GmbH & Co. KG in USD wurden zum jeweiligen Anschaffungszeitpunkt der Anteile mittels des Briefkurses in EUR umgerechnet. Die Dollar-Fremdwährungskonten sind zum Bilanzstichtag zum aktuellen Briefkurs in EUR bewertet.

## **II. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung**

### **1. Kapitalanlagen**

#### **a) Grundstücke und Bauten**

Das Versorgungswerk nutzt eigene Räumlichkeiten in der Rheinbabenallee für seinen Geschäftsbetrieb. Der Buchwert des Grund und Bodens beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 1.584, der Buchwert des Gebäudes einschließlich Tiefgarage und Außenanlagen TEUR 1.826.

Im Berichtsjahr waren aufgrund der Begutachtung durch Sachverständige außerplanmäßige Abschreibungen auf Grund und Boden (TEUR 4.568), die Gebäude (TEUR 6.865) und die Anlagen im Bau (TEUR 11.524) vorzunehmen. Des Weiteren wurden Zuschreibungen für in Vorjahren vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen auf Gebäude in Höhe von TEUR 1.715 erfasst.

#### **b) Beteiligungen**

Es handelt sich um die Beteiligung an Immobiliengesellschaften. Die Zeichnung der Anteile (insgesamt 55 Mio. USD) erfolgte in Dollar. Zum Bilanzstichtag war ein Betrag von 34,6 Mio. USD von der Investmentgesellschaft abgerufen.

Aufgrund von Wertverlusten der Immobilien in den USA wurden - wie in dem deutschen testierten Jahresabschluss - TEUR 3.435 abgeschrieben. In den USA bilanzierte Verluste aus SWAP-Geschäften in den deutschen uneingeschränkt testierten KG-Jahresabschlüssen wurden bei der Bewertung nicht berücksichtigt, da aufgrund des gemilderten Niederstwertprinzips Erwartungen für zukünftige Verbesserungen des Dollarkurses bei der Bewertung Berücksichtigung fänden. Die stillen Lasten aus diesen Kursabsicherungen betragen zum Bilanzstichtag anteilig 11,7 Mio. EUR.

### c) Sonstige Kapitalanlagen

Die Gliederung erfolgt nach den Vorschriften des VAG. Die Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen sind mit dem Nennwert bilanziert. Die Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, Einlagen bei Kreditinstituten, anderen Kapitalanlagen sowie das Währungstermingeld (USD - Konto) sind mit den Anschaffungskosten bzw. dem zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB angesetzt.

Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen auf Aktienanteile wegen gesunkener Kurswerte in Höhe von TEUR 1.495 vorgenommen.

In den Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind stille Reserven von TEUR 18.587 (Vj. TEUR 5.380) und stille Lasten von TEUR 16.825 (Vj. TEUR 15.949) enthalten.

Bei der Anlage des gebundenen Vermögens wurden die Vorschriften der § 54 VAG i.V.m. der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen (AnIV) hinsichtlich der Anlageformen und -grenzen beachtet.

Für die Überschreitung der allgemeinen Mischungsquote von 50 % des gebundenen Vermögens für Anlagen nach § 1 Abs. 1 Nr. 18b der Anlagenverordnung hat die Versicherungsaufsicht dem Versorgungswerk in 2007 zur Risikosenkung in den Kapitalanlagen eine Ausnahmegenehmigung für maximal 1 Jahr erteilt. Zum 31. Dezember 2008 wird die allgemeine Mischungsquote wieder eingehalten.

Die erforderliche Berichterstattung an die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen ist erfolgt.

## **2. Forderungen**

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr.

Auf Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer waren wegen der Vorläufigkeit der Sollstellung für die Beiträge bis zur endgültigen Veranlagung sowie wegen eingeschränkter Mahntätigkeit die Wertberichtigungen in unveränderter Höhe von TEUR 1.000 (Vj. TEUR 1.000) fortzuführen.

Im Berichtsjahr erfolgt der Ausweis der Forderungen und Verbindlichkeiten an Mitglieder aus Beiträgen in saldierter Form.

Die Wertberichtigung auf Mietforderungen wegen des enthaltenen Ausfallrisikos beträgt TEUR 184 (Vj. TEUR 100). Des Weiteren wurde auf Forderungen aus noch nicht abgerechneten Betriebs- und Heizkosten ein pauschaler Wertabschlag für einen eventuell nicht umlagefähigen Anteil von TEUR 400 (Vj. TEUR 750) vorgenommen.

## **3. Verlustrücklage**

Gemäß § 33 Abs. 2 der Satzung i.d.F. vom 12. Dezember 2007 die zum 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist, war im Vorjahr erstmals eine Verlustrücklage in Höhe von mindestens 5 % des sich aus der Gewinn- und Verlustrechnung ergebenden Rohüberschusses zu bilden. Die Verlustrücklage soll 5% der Deckungsrückstellung betragen. Zum 31. Dezember 2008 beträgt die Verlustrücklage unverändert 2,89 % der Deckungsrückstellung (ohne Zinsschwankungsreserve).

## **4. Überschussrückstellungen**

Zum 31. Dezember 2008 wurde satzungsgemäß kein versicherungsmathematisches Gutachten erstellt, deshalb war der Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 29.719 der Überschussrückstellung zuzuführen.

Die Deckungsrückstellung beinhaltet eine Zinsschwankungsreserve von TEUR 12.775 (Vj. TEUR 12.775).

## **5. Andere Rückstellungen**

Im Wesentlichen sind in den sonstigen Rückstellungen die Kosten für den Versicherungsmathematiker, den Jahresabschluss und unterlassene Instandhaltung sowie für mögliche Prozessrisiken und sonstige Risiken enthalten.

## 6. Andere Verbindlichkeiten

Verbindlichkeitspiegel zum 31. Dezember 2008

Verbindlichkeiten	Gesamt EUR	davon Restlaufzeiten			davon gesichert EUR
		unter 1 Jahr EUR	1 - 5 Jahre EUR	über 5 Jahre EUR	
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	103.986,81	103.986,81	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	327.094,70	327.094,70	0,00	0,00	0,00
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	866.000,85	61.342,56	245.370,24	561.288,05	866.000,85
Vorjahr	889.123,91	22.140,51	92.492,24	774.491,16	889.123,91
III. Sonstige Verbindlichkeiten	2.085.070,44	2.085.070,44	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	2.178.182,47	2.178.182,47	0,00	0,00	0,00
	3.055.058,10	2.250.399,81	245.370,24	561.288,05	866.000,85
Vorjahr	3.394.401,08	2.527.417,68	92.492,24	774.491,16	889.123,91

Ein Darlehen ist durch eine Grundschuld besichert.

## 7. Verdiente/ gebuchte Beiträge

Die gebuchten Beiträge stellen nicht in voller Höhe nur Beiträge des Berichtsjahres dar. In 2008 waren ebenfalls Beiträge der Vorjahre wegen Korrektur von Sollstellungen, Überprüfung der Veranlagungen sowie eventueller Beitragsrückzahlungen zu erfassen. Des Weiteren werden Beiträge aus Überleitungen in Höhe von TEUR 246 (Vj. TEUR 336) enthalten.

## 8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb / für Kapitalanlagen

Nach unmittelbarer Zuordnung der direkten Sachkosten wurden die allgemeinen Verwaltungskosten des Versorgungswerkes im Verhältnis von 56,38 : 43,62 (Vj. 48,86 : 51,14) auf den Versicherungsbetrieb und die Vermögensverwaltung aufgeteilt. Basis für das Aufteilungsverhältnis bilden die Personalkosten der in der Vermögensverwaltung beschäftigten Mitarbeiter im Verhältnis zu den gesamten Personalkosten.

## III. Sonstige Pflichtangaben

### 1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzanlagen des Versorgungswerkes von Bedeutung sind, ergeben sich aus Abnahmeverpflichtungen für Multitranchen - Schuldscheindarlehen sowie einen öffentlichen Namenspfandbrief und betragen insgesamt 60 Mio. EUR (Vj. 50 Mio. EUR).

Die Beteiligung an der Paramount Real Estate Fund III GmbH & Co. KG beinhaltet Einzahlungsverpflichtungen von USD 7,0 Mio. und für die Beteiligung an der Paramount Real Estate Fund IV GmbH & Co. KG von USD 13,4 Mio.

Aus dem Kaufvertrag der VCM Golding Mezzanine SICAV II bestehen zum Bilanzstichtag weitere Einzahlungsverpflichtungen von insgesamt 5,5 Mio. EUR.

Für eine in Vorjahren erworbene Immobilie besteht eine Mietbeteiligung in Höhe von maximal TEUR 140, da der Veräußerer des Objektes bis zum Jahr 2009 zu 50 % an der Umsatzmiete beteiligt ist.

Weitere sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Nr. 3 HGB, die für die Beurteilung der Finanzanlage des Versorgungswerkes von Bedeutung sind, existieren nicht.

## **2. Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten**

Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 23 (Vj. 24) Mitarbeiter im Versorgungswerk beschäftigt.

## **3. Angabe zu den Unternehmensorganen**

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses haben im Berichtsjahr Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder sowie Reisekostenerstattungen in Höhe von TEUR 266 (Vj. TEUR 238) und die Mitglieder des Aufsichtsausschusses haben Vergütungen in Höhe von TEUR 39 (Vj. TEUR 40) erhalten.

Berlin, den 16. Juni 2009

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin

gez. Albert Essink  
(Vorsitzender des  
Verwaltungsausschusses)

gez. Dr. Ingo Rellermeier  
(stellv. Vorsitzender des  
Verwaltungsausschusses)

**GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG**  
**FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2008 BIS 31. DEZEMBER 2008**  
**DES VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN**

	EUR	Vorjahr TEUR
<b>I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG</b>		
1. Verdiente Beiträge/gebuchte Beiträge	46.833.205,32	42.571
2. Beiträge aus der Rückstellung für Leistungsverbesserung	0,00	24.525
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	310.146,31	0
b) Erträge aus Grundstücken und Bauten	8.305.778,18	8.070
c) Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen	25.960.548,29	23.933
d) Erträge aus Zuschreibungen	1.715.307,28	0
e) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>2.693.846,39</u>	6.508
	38.985.626,45	38.511
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge	<u>31.941,99</u>	152
	85.850.773,76	105.759
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle	15.703.954,01	14.044
6. Aufwendungen für Rückkäufe, Rückgewährungsbeiträge, Austrittsvergütungen und Überleitungen	678.745,09	764
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen	<u>0,00</u>	177.031
	<u>16.382.699,10</u>	191.839
	69.468.074,66	-86.080
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		
a) Persönliche Aufwendungen	722.775,70	648
b) Sonstige Aufwendungen	<u>501.681,41</u>	415
	1.224.457,11	1.063
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen	3.875.764,37	4.459
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	<u>34.920.631,43</u>	3.131
	<u>38.796.395,80</u>	7.590
10. Versicherungstechnisches Ergebnis (= Übertrag)	29.447.221,75	-94.733

**GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG**  
**FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2008 BIS 31. DEZEMBER 2008**  
**DES VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN**

	EUR	Vorjahr TEUR
<b>II. NICHTVERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG</b>		
Übertrag:	29.447.221,75	-94.733
1. Sonstige Erträge	279.454,38	242
2. Sonstige Aufwendungen	<u>7.301,51</u>	7
	<u>272.152,87</u>	235
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	29.719.374,62	-94.498
4. Sonstige Steuern	<u>116,00</u>	0
5. Jahresüberschuss /-fehlbetrag	29.719.258,62	-94.498
6. Entnahme aus der Überschussrückstellung	0,00	117.089
7. Zuführung zur Überschussrückstellung	-29.719.258,62	0
8. Zuführung zur Verlustrücklage	<u>0,00</u>	22.591
9. Bilanzgewinn/-verlust	<u><u>0,00</u></u>	<u><u>0</u></u>